

B 35 soll nicht zur Abkürzung werden

Stadt setzt bei Umfahrung auf Expertenhilfe

Machbarkeitsstudie soll 120000 Euro kosten

Von unserem Redaktionsmitglied Christina Zäpfel

Bruchsal. 120000 Euro soll eine Machbarkeitsstudie zur neuen B-35-Ostumfahrung kosten, die jetzt der Bruchsaler Gemeinderat in Auftrag gegeben hat. Mit fünf Gegenstimmen aus der Fraktion der Grünen und vom parteilosen Stadtrat Bernd Reißer sowie der Enthaltung von Lucia Biedermann (CDU-Fraktion) haben sich die Räte mehrheitlich dafür ausgesprochen, ein Verkehrsplanungsbüro mit der Aufgabe zu betrauen.

Untersucht werden soll die „funktionelle und räumliche Ausgestaltung der Ortsdurchfahrt“, so heißt es in der Vorlage wörtlich. Es gehe nicht um eine umfassende Verkehrsplanung, das liege ohnehin in der Hand des Regierungspräsidiums, es gehe mehr um eine Meinungsbildung und um neuralgische Punkte, die zu untersuchen seien, etwa die Frage nach dem Bahnübergang an der Holzindustrie, erklärte Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick.

Fest steht: Eine Umfahrung Bruchsals kommt, das Land Baden-Württemberg hat sie erst vor Kurzem höchst möglich priorisiert. Zuvor war der jahrzehntealte Wunsch überraschenderweise plötzlich im Bundesverkehrswegeplan aufgetaucht. (Die Bruchsaler Rundschau berichtete.) Die Planungshoheit liegt jetzt beim Regierungspräsidium.

Zugleich kämpfen sämtliche Gemeinden um die für sie beste Lösung. Oberirdisch über den Rotenberg, eine komplette Tunnellösung, eine teilweise Untertunnelung oder doch die Ertüchtigung der alten Trasse über Heildesheim und Helmsheim – die genaue Routenführung ist noch völlig offen.

Nur wenn man weiß, was man wirklich wolle, könne man auch gegenüber dem Regierungspräsidium entsprechend auftreten, so der Tenor von Bruchsals Stadtplaner Hartmut Ayrle.

„Das bringt Bewegung in die Angelegenheit“, zeigte sich CDU-Stadtrat Werner Schnatterbeck überzeugt. „Wir dürfen die neue Straße jedenfalls nicht so attraktiv machen, dass sie eine bequeme Umfahrung des Autobahndreiecks Karlsruhe wird“, warnte SPD-Fraktionssprecher Jürgen Schmitt. Er hält einen Ausbau auf bestehender Trasse mit Lärmschutz für realistisch.

Für die FW/FDP-Fraktion sagte Volker Ihle: „Das ist gut angelegtes Geld.“ Die Interessen des Regierungspräsidiums hätten aus seiner Sicht nichts mit den Interessen der Stadt Bruchsal zu tun.

Gegen eine solche Studie sprachen sich die Grünen unter Ruth Birkle aus: „Das ist überflüssig. Es geht hier um eine politische Entscheidung.“ Sie sah in dem Vorgang gar „einen Wechsel von der Ratsdemokratie hin zu einer gutachtergesteuerten Einwohner- und Expertendemokratie“. Flankierend gibt es nämlich eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus dem Stadtplanungsamt, Verkehrsexperten, Vertretern zweier Bürgerinitiativen sowie künftig auch Gemeinderäten. Darüber hinaus strebt Bruchsal eine enge Zusammenarbeit mit Forst, Ubstadt-Weiher, Kraichtal, Bretten und Bauschlott an, um zu verhindern, dass der Ausbau zu einer Abkürzungsstrecke für das Autobahndreieck Karlsruhe wird.